Dafür & dagegen : soll die Schweiz mehr Geld für die Entwicklungshilfe ausgeben?

Autor(en): **Hofstetter, Pepo / Reimann, Maximilian**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **87 (2009)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-723209

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Soll die Schweiz mehr Geld für die Entwicklungshilfe ausgeben?

Die Schweiz will künftig 0,5 statt wie bisher 0,4 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe einsetzen. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, finden die Hilfswerke. Dies sei viel zu viel, meint dagegen vor allem die SVP.

DAFÜR

Pepo Hofstetter, Verantwortlicher für Öffentlichkeitsarbeit bei Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Internet: www.alliancesud.ch

Genug zu essen, eine warme Wohnung, Schulen, Spitäler: Was für uns selbstverständlich ist, bleibt für die meisten Menschen dieser Erde ein unerfüllter Traum. Fast eine Milliarde hat zu wenig zu essen, Hunderte Millionen leben in prekären Hütten, haben kein sauberes Trinkwasser und sterben an Krankheiten, die heilbar wären.

Diesen Menschen will die Entwicklungszusammenarbeit eine Lebensperspektive geben. Sie hat in den letzten fünfzig Jahren wichtige Erfolge erzielt: die Lebenserwartung ist gestiegen, es gibt keine grossen Hungersnöte mehr, Krankheiten wurden zurückgedrängt. Seit alle Regierungen dieser Welt im Jahr 2000 die acht Millenniumsziele beschlossen, um bis 2015 Armut und Hunger zu halbieren, haben viele Industriestaaten ihre Hilfe erhöht. Die Resultate sind messbar, etwa bei der Trinkwasserversorgung, der Bekämpfung der Kindersterblichkeit oder der Einschulung von Kindern.

Aber es bleibt noch viel zu tun – ganz besonders jetzt, da die Finanzkrise und der Klimawandel die ärmsten Länder besonders hart treffen, obschon sie nicht dafür verantwortlich sind.

Im Gegensatz zu anderen Ländern hat die Schweiz ihre Entwicklungszusammenarbeit kaum gesteigert. Deshalb haben über 200 000 Personen die Petition der Hilfswerke unterzeichnet und eine Erhöhung auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens verlangt. So viel haben die reichen Nationen im Jahr 2000 den armen Ländern versprochen. Das Schweizer Parlament möchte immerhin eine Erhöhung auf 0,5 Prozent, was für die nächsten Jahre insgesamt zusätzliche 300 Millionen Franken bedeutet. Zum Vergleich: Für die Rettung unserer Banken bezahlt der Staat 65 Milliarden Franken.

DAGEGEN

Maximilian Reimann, Dr. iur., Ständerat SVP AG, Präsident der schweizerischen Delegation beim Europarat, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats.

Die Eingangsfrage ist an sich falsch gestellt, denn der Bund hat bereits in den letzten Jahren sukzessive mehr Geld für die Entwicklungshilfe ausgegeben. Belief sich der Anteil am Bruttonationaleinkommen noch Anfang dieses Jahrzehnts auf rund 0,3 Prozent, hat er sich im Jahr 2006 auf 0,35 Prozent erhöht und dürfte im Jahr 2008 bereits 0,4 Prozent erreicht haben. In absoluten Zahlen sind das 2,1 Milliarden Franken bzw. ziemlich genau 4 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes.

Richtig müsste also die Titelfrage lauten: Wie viel mehr Geld wollen wir künftig noch in die Entwicklungshilfe stecken? Mein Antrag in der Herbstsession 2008 lautete, es in den nächsten vier Jahren bei diesen 0,4 Prozent bewenden zu lassen. Das entsprach auch der Vorlage des Bundesrates und deckte sich mit den Vorstellungen der Finanzkommission. Harte Lobbyarbeit seitens unserer rührigen «Dritte-Welt-Industrie» hinter den Kulissen des Parlaments führte aber dazu, dass der Ständerat beschloss, den Satz bis spätestens im Jahr 2015 auf 0,5 Prozent anzuheben. Der Nationalrat schloss sich dann, wenn auch äusserst knapp, dieser nochmaligen massiven Erhöhung an.

Das ist meines Erachtens deutlich übertrieben. Mit 0,4 Prozent liegen wir im internationalen Vergleich immer noch im vorderen Drittel. Nun wird uns stets Norwegen mit seinen 0,8 Prozent lobend vor Augen geführt. Man übersieht dabei allerdings, dass Norwegen als Erdöl exportierendes Land über eine prall gefüllte Staatskasse verfügt. Kommt hinzu, dass derzeit unsere staatliche Entwicklungsorganisation Deza umstrukturiert und von unnötigem Ballast entschlackt wird. Damit wird künftig weniger Geld in hohe Reise- und Logiskosten fliessen und dafür mehr für Hilfsprojekte zur Verfügung stehen.